

USA

„Stimmt für Waffen“

Die mächtige National Rifle Association (NRA) nutzt den Krieg gegen den „Islamischen Staat“, um die Bevölkerung zur Bewaffnung aufzurufen. In einer neuen Angstkampagne anlässlich der Midterm-Wahlen in dieser Woche schreibt NRA-Vize Wayne LaPierre, es sei „nur eine Frage der Zeit, bis den Vereinigten

Staaten eine terroristische Attacke bevorsteht“. Dazu zeigt die NRA das Bild eines verummten und bewaffneten IS-Kämpfers, versehen mit dem Aufruf: „Stimmt für eure Waffen im November!“ Man wolle nicht „unsere Sicherheit den Lügen der Regierenden übergeben, die alles versprechen und nichts liefern“. In der Mitgliederzeitung warnt LaPierre unter anderem vor einem obskuren

Anschlag durch einen elektromagnetischen Impuls, der „bis zu 90 Prozent der US-Bevölkerung töten“ und „Dritt-welt-Seuchen“ wie Typhus und Cholera verbreiten könnte. Kein Wort findet die Waffenlobby allerdings dazu, wie Waffen gegen Cholera helfen sollen und dass die IS-Kämpfer ihren tödlichen Feldzug unter anderem mit Waffen aus amerikanischen Beständen führen. hst

Kommentar

Katalanischer Zauberlehrling

Das spanische Verfassungsgericht hat der Regierung von Katalonien untersagt, am kommenden Sonntag ein Referendum über die Unabhängigkeit abzuhalten. Ministerpräsident Artur Mas jedoch hält daran fest, die Katalanen zu befragen, ob sie einen eigenen Staat wollen, und wenn ja, ob der von Spanien unabhängig sein soll – auch wenn das gegen die selbst in Katalonien mit Mehrheit angenommene Konstitution von 1978 verstößt. „Prozess der Bürgerbeteiligung“ hat Mas das Vorhaben getauft. Auch dagegen rief die Zentralregierung in Madrid jetzt das Verfassungsgericht an. In welchem unwürdigen Spektakel werden da die Bürger Kataloniens getrieben, angeblich im Namen der Demokratie? Die Meinungsumfrage sei nicht bindend, behaupten die Veranstalter einerseits. Andererseits betonen sie, Volkes Stimme müsse gehört werden, nicht nur in Madrid, sondern in ganz Europa. Aber wer ist das Volk? Es gibt kein Wahlregister, die Stimmen sollen von Freiwilligen ausgezählt werden, ohne Garantie, dass die Wahlhelfer neutral sind. Die Wähler kön-

nen nur kurze Zeit im Internet nachschauen, wo sie die bereits gedruckten Wahlzettel einwerfen sollen. Wie viele schaffen das? Die Bevölkerung ist polarisiert, fast die Hälfte der Befragten lehnte Ende Oktober die sogenannte Bürgerbeteiligung ab, nur noch 44 Prozent waren dafür. Und welche Folgen soll das Ergebnis dieser Farce von direkter Demokratie haben? Der Chef der katalanischen Regierung hat in den vergangenen Monaten so getan, als ob die Verfassung des Königreichs Spanien für die Katalanen nicht mehr gelte. Anstatt zu versuchen, sie zu ändern, auf den Wegen, die ihm in der repräsentativen Demokratie zur Verfügung stehen: durch politisches Verhandeln also und Paktieren mit gewählten Volksvertretern. Die Enttäuschung über den zerborstenen Traum von der Unabhängigkeit könnte viele katalanische Nationalisten schwer treffen. Artur Mas, der Zauberlehrling, wird dann die Kräfte, die er rief, nicht mehr einfach nach Hause schicken können. Sie werden sich nicht nur gegen Madrid, sondern auch gegen ihn wenden.

Helene Zuber



Demonstranten für die Unabhängigkeit Kataloniens in Barcelona

Fußnote

33 %

der in den vergangenen vier Jahren in Europa geweihten katholischen Priester sind Polen. Kein anderes Land in der EU bringt so viele Geistliche hervor. Allein in diesem Jahr wollten rund 800 junge Polen Pastor oder Mönch werden. Vorbild für viele von ihnen sei – so heißt es – Papst Franziskus mit seinen sozialen Lehren und seinem asketischen Lebensstil. Fast 90 Prozent der Polen geben an, katholisch zu sein. jpu

FOTOS: WALKER / FACE TO FACE (L.); DE PENNEY / REUTERS (O.); ARIEL MARINKOVIC / DPA (R.)





Schwarzer Frühling

Wenige Tage nur dauerten die Proteste in Burkina Faso, inklusive der Besetzung eines TV-Senders, dann war der Dauerherrscher Blaise Compaoré weg: Seit vorigem Freitag regiert das Militär. Die erfolgreiche Massenrevolte dürfte auch anderen Langzeitpräsidenten schlaflose Nächte bereiten, etwa Paul Biya, der in Kamerun seit 32 Jahren herrscht. Oder Amtskollegen in Burundi, Ruanda oder der Demokratischen Republik Kongo, die ähnlich an der Macht klammern, wie Compaoré es tat. ill

Haiti

„Die Opposition zieht Chaos vor“

Staatspräsident Michel Martelly, 53, über die abgesagten Wahlen und den demokratischen Aufbau

SPIEGEL: Sie werben um Investitionen aus Deutschland, haben aber erneut die seit drei Jahren überfälligen Parlamentswahlen verschoben. Wie kann es Fortschritt geben ohne eine legitimierte Regierung?

Martelly: Wir machen enorme Fortschritte. Große Unternehmen kommen nach Haiti, wir haben einen neuen internationalen Flughafen in Cap-Haïtien, Hotelketten

wie Hilton und Marriott investieren. Wir haben neue Gesetze gegen Korruption und Geldwäsche. Wir versuchen, eine Demokratie aufzubauen ...

SPIEGEL: Trotzdem behaupten Ihre Gegner, Sie hofften, ab Januar per präsidentialen Dekreten regieren zu können.

Martelly: Dabei blockiert die Opposition die Wahlen. Als ich Präsident wurde, habe ich eine permanente Wahlkommission zur Formulierung des Wahlgesetzes gegründet. Ich habe immer wieder Änderungswünschen der Opposition zugestimmt, weil ich ja Wahlen will. Nun blockiert sie das neue Wahlgesetz. Unsere Gegner wissen, dass sie bei Wahlen vermutlich verlie-

ren würden. Deshalb ziehen sie Chaos vor.

SPIEGEL: Wann sollen die Wahlen nun stattfinden?



Martelly

Martelly: Ich werde weiter mit der Opposition verhandeln. Am 12. Januar wird das Parlament handlungsunfähig. Wenn es bis dahin keine Einigung gibt, sieht die Verfassung vor, dass der Präsident für Ordnung sorgt.

SPIEGEL: Ihr Land ist das ärmste der westlichen Welt. Wie wollen Sie den Wiederaufbau nach dem verheerenden Erdbeben 2010 vorantreiben?

Martelly: Wir waren einst das reichste Land in der Region. Heute ist alles schwach, die Infrastruktur, die Institutionen, die Mentalität. Deshalb setzen wir auf kostenlose Schulbildung. Aber uns fehlt zur Finanzierung noch immer ein Drittel des veranschlagten Budgets, rund 13 Millionen Euro. say